



Mittwoch, 04. Februar 2026, 16:00 Uhr
~18 Minuten Lesezeit

Hitlers Rede

Die Argumente, die der „Führer“ zur Wiedereinführung der Wehrpflicht anführte, kehren in aktuellen Debatten in ähnlicher Weise wieder. Teil 2 von 4.

von Ulrich Falke
Foto: Stepan Skorobogadko/Shutterstock.com

Sie gilt als eines der wichtigsten Dokumente der neueren deutschen Geschichte: die Rede von Adolf Hitler vom 3. Februar 1933, die der neue Reichskanzler vor dem Führungskreis der Deutschen Reichswehr, den

Generälen und Admirälen des Heeres und der Marine, gehalten hatte (1). Ihnen versprach „die Kreatur der Industrie“ (Carl von Ossietzky) (2) die Konterrevolution mit ihrem Ziel, den „Bolschewismus mit Stumpf und Stiel auszurotten“, die „Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes“ nach Osten und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Ulrich Falke interpretiert und umrahmt diese zeitgeschichtliche Rede mit Analysen und Reflexionen von politischen Geistesgrößen wie Hannah Arendt, Heinrich Böll, Rudi Dutschke, David Graeber, Julius Leber und Antje Vollmer. Der Publizist hält es für höchste Zeit für uns Deutsche, uns mit „unserem Hitler“ und damit mit der „Vergangenheit“ auseinanderzusetzen, um, mit Hannah Arendt und im Sinne von Julius Leber, „die Gegenwart zu verstehen und für eine bessere Zukunft zu kämpfen“ (3).

Wenn sich die Reichsten über Armut unterhalten, kommt wenig dabei heraus

Zum Zeitpunkt, unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg, steckte den reaktionären Kräften in Deutschland, „noch der Schrecken von der kurzen und gewaltsam niedergeworfenen ‚November-Revolution‘ in den Knochen“, so der Historiker Kurt Gossweiler (1917 bis 2017), „vor allem aber die Angst vor der Sowjetunion und den dort erfolgreichen Enteignern und Umstürzern, den Bolschewiken.“

Auch der von politisch bewussten Arbeitern durch den von ihnen

organisierten Generalstreik zu Fall gebrachte „Kapp-Putsch“ bewies die Macht, die von der Klasse der kapitallosen Produzierenden ausgehen kann, wenn sie denn politisiert, geschlossen und entschlossen genug handelten (4).

Der antirepublikanische Reichstagsabgeordnete Wolfgang Kapp wurde zuvor von dem seinerzeit reichsten und einflussreichsten deutschen „Unternehmer“ Hugo Stinnes (er starb 1924) und weiteren Großindustriellen und Bankiers als Wunsch-Diktator gehandelt. In der später gegründeten „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ (GSF), blieb die Idee virulent, das „Modell“ des italienischen Faschismus auf Deutschland zu übertragen.

Entsprechend gehörten – neben deren Gründer, Waldemar Pabst, unter dessen Freikorps-Kommando Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht 1919 ermordet wurden und der später mit der Position eines Direktors von Rheinmetall-Borsig „belohnt“ wurde – zu den Funktionsträgern und einflussreichsten des auf 100 Mitglieder beschränkten konterrevolutionären Netzwerkes unter anderem Fritz Thyssen, Günther Quandt, Hjalmar Schacht und Hermann Göring (5).

Die Netzwerke der reichsten und einflussreichsten Personen in den heutigen Oligarchien des kapitalistischen Westens wie die „Bilderberg-Konferenz“, die „Atlantik-Brücke“ oder, im Weltmaßstab, das „Weltwirtschaftsforum (WEF)“, dem „Club“ der derzeit weltweit rund 3.000 Milliardäre. Deren Repräsentanten und „Wasserträger“ werden, mindestens bezogen auf die Auswahl ihrer Mitglieder, ähnlich ausgerichtet sein wie der „exklusive“ Zirkel der GSF, wenn auch damals mit deutlich geringerer Reichweite. Paul Schreyer, Investigativjournalist und Bestseller-Autor, bezeichnete diese Akteure treffend als das „Politbüro des Kapitalismus“ (6).

„Wenn sich die Reichsten über Armut unterhalten, kommt – so zeigt die bisherige Erfahrung – wenig dabei heraus“, schreibt das Autorenteam des Jugendrates der Generationen-Stiftung in ihrer

gesellschafts- und politikkritischen Analyse von 2019 „Ihr habt keinen Plan“. Deshalb müssen auch „informale, undemokratische und illegitime Zusammenschlüsse wie die G7- oder die G20-Treffen abgeschafft werden“. Und: „In einer lebenswerten Zukunft gibt es Millionär*innen aber keine Milliardär*innen mehr“. In ihrem inzwischen zum „Spiegel-Bestseller“ avancierten Buch fordern die jungen Autorinnen und Autoren für die politische Entwicklung der heute strukturell vom Neoliberalismus deformierten Bundesrepublik – das Land, das in Bezug auf die Vermögensspreizung zu den ungerechtesten der Welt gehört – in allen wichtigen Politikfeldern einen kompletten „Turnaround“. Ich übersetze das mit Umkehr oder auch „Revolution“.

Meine Generation hat versagt

Gelingt es der heutigen Jugend, sich zu politisieren, so bestünde eine neue Chance, „die große nationale demokratische Revolution, die in der deutschen Geschichte fehlt, nachzuholen.“ (8) Das Gesamtergebnis der Nachkriegszeit in den kapitalistischen Ländern zeigt, dass viele Bemühungen um eine bessere Welt – etwa durch die „68er-Generation“ – so gut wie gar nicht erfolgreich waren. Bob Geldof bringt dies pointiert auf den Punkt: „Meine Generation hat versagt“. Internationale Berühmtheit erlangte der irische Rock-Musiker vor allem durch seine Initiative des weltweit ausgestrahlten „Wohltätigkeits“-Konzerts „Live Aid“ von 1985, – und, ein Jahr zuvor, auch schon durch „Band Aid“ (9).

Schließlich gibt, wie zur Beruhigung, Dutschke in einer Rezension die (ver-)tröstende Aussage von Karl Marx wieder:

„Jede Klasse kann ihre historische Mission geschichtlich ‚verpassen‘, kann scheitern – andere ‚Klassen‘ müssen dann unter neuen historischen Bedingungen ‚alte Kämpfe‘ austragen.“

Geschichtsbewußtsein und verantwortungsbewußte praktisch-
umwältzende allein vermögen dies zu leisten.“ (10)



„Neue Hoffnungsträger für den nötigen „Turnaround“? Schüler- und Jugend-Vertreter diskutieren über Schülerstreiks und ihren Abwehrkampf gegen die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht, hier auf dem Podium bei der 31. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Junge Welt in Berlin am 10. Januar 2026, Foto © Falke“)

Tatsächlich ist es den „Nachkriegs“-Generationen des Westens nicht gelungen, weder Hunger noch Krieg, noch die ebenfalls im Weltmaßstab himmelschreiende Ungerechtigkeit oder „auch nur“ die gigantischen Umweltverschmutzungen erfolgreich zu besiegen. Im Gegenteil: Die Verschwendung von Ressourcen und finanziellen Mitteln für das unproduktive und zugleich todbringende „tote Kapital“, die von Karl Marx so bezeichneten faux frais (Unkosten) für Rüstung und Militär – im mindestens zweifachen Sinne die global größten „Klima-Killer“ –, war in der Menschheitsgeschichte noch

nie so hoch wie in der Gegenwart. All diese „Geißeln der Menschheit“ sind direkt das Ergebnis der jahrhundertelangen Ausrichtung der westlichen Herrschenden auf Beutezug, Plünderung und damit auf das Primat des Militärs (11).

Erklärungen für diesen beschrittenen Irrweg der Menschheit bietet David Graeber (1961 bis 2020) mit seinem Werk „Schulden. Die ersten 5.000 Jahre“. Denn darin beschreibt der US-amerikanische Professor der Anthropologie, zuletzt an der London School of Economics, dass „auch in den ganz grellen Verschwörungstheorien über das Bankensystem (...) zumeist ein Element unberücksichtigt bleibt: die Rolle des Kriegs und der Militärmacht. Nicht ohne Grund gelingt es dem Magier so gut, Geld aus dem Nichts zu erschaffen. Hinter ihm steht ein Mann mit einer Waffe.“

Und „dieser Mann“, so Graeber weiter, „war in gewissem Sinn von Anfang an da. Das moderne Geld hat seinen Ursprung in Staatsschulden, denn Staaten leihen sich Geld, um Kriege zu finanzieren. Das gilt heute ebenso wie im 16. Jahrhundert. (...).

Mit der Gründung der Zentralbanken wurde die Verschmelzung der Interessen von Kriegsherren und Geldgebern, die schon in Italien der Renaissance zu beobachten gewesen war, dauerhaft institutionalisiert. Diese ‚Interessengemeinschaft‘ schuf schließlich die Grundlage für den Finanzkapitalismus“ (12).

Für den Mit-Gründer und Aktivisten der Occupy-Wall-Street-Bewegung steht fest: „Die Bankiers sind die Eigentümer der Erde.“ Graeber zitiert eine Aussage, die, wie er ausführt, vielfach dem früheren Direktor der Bank of England Lord Josiah Charles Stamp (1880 bis 1941) zugeschrieben wird:

„Das moderne Banksystem macht Geld aus nichts. Die Methode ist der vielleicht erstaunlichste Taschenspielertrick, den sich je ein Mensch

ausgedacht hat. Das Bankwesen wurde im Frevel gezeugt und in der Sünde geboren.“

Und – so führt der Autor das Zitat zu Ende:

„Nimmt man ihnen diesen Besitz weg, lässt ihnen jedoch die Möglichkeit, Kredit zu erzeugen, so werden sie mit einem Federstrich genug Geld erzeugen, um die Welt wieder zurückzukaufen. (...) Wenn wir Sklaven der Bankiers bleiben und die Kosten unserer Versklavung selbst tragen wollen, müssen wir ihnen nur erlauben, weiterhin Einlagen zu schaffen.“ (13)

In der internationalen Politik geht es ausschließlich um die Interessen der Staaten

Und so schreibt denn auch Hannes Hofbauer in seinem Beitrag „Das Morgenland erwacht – Das Ende des amerikanischen Jahrhunderts wurde schon des Öfteren angekündigt. Nun ebnet Russland China den Weg zur Weltmacht“:

„Wo immer der Dollar in Gefahr stand, seine Monopolfunktion als internationales Zahlungsmittel zu verlieren, waren US-Marine und NATO-Einheiten zur Stelle, um den Glauben an ihn wiederherzustellen.“

Zwar sei es der stärksten Militärmacht der Welt in den vergangenen Jahrzehnten mit immer neuen Kriegen gelungen, den US-Dollar als Leitwährung noch zu erhalten und „ihre schwindende Wirtschaftsmacht mit Waffeneinsätzen hinauszuzögern.“ Die Führungsrolle der USA würde nun nach hundert Jahren aber zu Ende gehen. Der einzige Gewinner des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine ist China (14).

Die Kriegskasse der Ukraine für den in dem eurasischen Land ausgetragenen Stellvertreterkrieg der Systeme haben die US-amerikanischen EU-Vasallen mit ihren Kreditzusagen von neuen 90 Milliarden Euro aktuell aufgefüllt, um ihren Todeskampf „bis zum letzten Ukrainer“ weiter am Laufen zu halten (15).

Denn „Krieg ist ein besseres Geschäft als Frieden.“ So formulierte diese menschenverachtende Tatsache schon vor rund einhundert Jahren der Friedensnobelpreisträger von 1935 Carl von Ossietzky (1889 bis 1938):

„Ich habe noch niemanden gekannt, der zur Stillung seiner Geldgier auf Frieden gesetzt hätte. Die beutegierige Kanaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert“ (16).

Dem SPD-Politiker und „Architekten“ von Willy Brandts Entspannungspolitik, Egon Bahr (1922–2015), der einen kommenden Krieg voraussah, war es wichtig, schon an seine jugendlichen Zuhörer zu appellieren, sich zu merken: „egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt (...): In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“ (17)



„Obwohl bereits für definitiv ‚tot‘ erklärt (Julius Leber, 1891 bis 1945) kann die SPD mit ihren Entscheidungen noch immer größtes Unheil über die Menschheit bringen. Aufnahme auf der Friedensdemo am 3. Oktober 2025 in Berlin, Foto © Falke“)

Heftige Kritik an der Kriegstreiber- und
Kriegsverlängerungs-„Politik“ ihrer Kolleginnen und Kollegen aus
der EU übte in ihrer Rede auf der Münchner Friedenskonferenz

2024 die irische EU-Abgeordnete Clare Daly:

„Wir haben in den beiden Jahren ab 2022 in den Krieg 133 Milliarden an direkten Ausgaben für die Ukraine getätigt. Das hat keinem einzigen Menschen in der Ukraine geholfen. In Wirklichkeit aber ist das ein Versuch, Geld aus den öffentlichen Kassen in die Kassen der Waffenindustrie zu waschen, die damit ihren eigenen privaten Profit macht. Das ist alles, was es ist. Alles, worum es geht.“ (18)

Ob die offiziell verlautbarten Zahlen allerdings mit der Realität übereinstimmen, darf — in einer „Demokratie“ (noch) — bezweifelt werden. So kommt Karsten Montag, der ein solches Missverhältnis bei den angegebenen Beträgen der Unterstützung aus gesellschaftlichem Vermögen und Krediten durch die deutsche Regierung für die von sechs Oligarchen-Familien beherrschte Ukraine aufgespürt hatte, mit seiner Veröffentlichung „Der Krieg ernährt den Krieg“ vom November 2024 zu dem Ergebnis: „Scholz hat gelogen“.

Laut dem inzwischen Ex-CumEx-Kanzler hatte „Deutschland“ zu dem Zeitpunkt der Analyse des Publizisten die Ukraine „seit dem Ausbruch des Krieges im Februar 2022 mit 37 Milliarden Euro unterstützt.“ Doch, wie Montag im Einzelnen ausführt, wurden in Wirklichkeit eine Reihe von Positionen „versteckt“. Die tatsächliche Summe der „Investitionen“ in den mörderischen Krieg durch die deutsche Regierung liegt damit um ein Vielfaches höher, als offiziell angegeben.

Der Multipolar-Autor zieht daraus das Fazit:

„Die Mehrausgaben für die Flüchtlinge aus der Ukraine, wie auch die Kosten für die immens teuren Waffengeschenke an Kiew werden mit Steuern auf stark angestiegene Verbraucher- und Energiepreise, Kürzungen im Sozialbereich sowie als

„Sondervermögen‘ kaschierte neuen Schulden finanziert. Sie sind sämtlich Folge einer verfehlten beziehungsweise fehlenden deutschen Diplomatie“ (19).

Die Weltfriedens-Formel ist entwickelt

Dabei wurde die Weltfriedens-Formel bereits vor mehr als 100 Jahren entwickelt, formuliert von Alexandra Kollontai (1872 bis 1952), die damit ihre eigene Frage „Wem nützt der Krieg?“ beantwortete:

„Um die Kriege zu beseitigen, muss man alle Fabriken und Industrieunternehmungen den Herren Kapitalisten, das Land den Großgrundbesitzern nehmen, Gruben und Schächte den Privatbesitzern, die Banken den Kapitalisten und alle diese Reichtümer verwandeln in Eigentum des gesamten Volkes.“ (20)

Die aus der russischen Oberschicht stammende Kommunistin und Vertraute von Wladimir Iljitsch Uljanow, Lenin (1870 bis 1924), hatte zeitweise in Deutschland gelebt, wo sie sich zunächst der deutschen sozialdemokratischen Partei anschloss und sich an der Seite von Rosa Luxemburg (1871 bis 1919) und Clara Zetkin (1857 bis 1933) für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden einsetzte. Nach der russischen Oktoberrevolution wurde sie die erste Frau der Welt, die ein Regierungsamt übernahm und später die erste Botschafterin im diplomatischen Korps.

Seinem „Nachwort“ zu der von ihm neu herausgegebenen „Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin“ (erstveröffentlicht 1926) stellte der Politologe Iring Fetscher (1922 bis 2014) ein Zitat aus den „Erinnerungen, Kapitel Lenin“ von 1928 des russischen Schriftstellers Maxim Gorki (1868 bis 1936) voran:

„Ich erinnere mich, wie fröhlich und anhaltend er lachte, als er

irgendwo Marlows Worte las: „Es gibt nur zwei Kommunisten in Rußland: Lenin und Frau Kollontai.“ (21)

Umso bemerkenswerter finde ich es, dass ausgerechnet Frank-Walter Steinmeier das Autorenteam sowie die Herausgeberin kurz nach Erscheinen ihrer Fundamentalkritik am „Turbo-Kapitalismus“ und der dadurch noch grelleren politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklung, mit Schwerpunkt auf Deutschland, im November 2019 zu sich ins Berliner Schloss Bellevue einlud, um sie und deren von ihm in die Kameras gehaltenes Buch „Ihr habt keinen Plan“ zu feiern. Handelt es sich bei ihrer Analyse mit dem Appell des „Turnaround“ doch um eine „revolutionäre Schrift“. Kannte der Bundespräsident deren Inhalt gar nicht? (22)

Allerdings kommt es, nach Karl Marx, nicht (in erster Linie) darauf an, die Welt, philosophisch zu interpretieren, sondern sie zu verändern.

Gerade die fundierte politische Analyse machte Hannah Arendt (1906 bis 1975), die „Politik-Theoretikerin“ stark. In ihrer Auswertung über „Macht und Gewalt“ schreibt sie: „Was eine Revolution immerhin noch vorbereiten kann, ist eine echte Analyse der jeweiligen Lage, wie sie früher üblich war.“

Diese Analysen seien als solche auch „damals zumeist sehr unzugänglich gewesen, aber sie sind doch immerhin gemacht worden.“ Wobei es in der Geschichte der Revolutionen, die, so Arendt, „nicht sehr alt ist – sondern erst seit der französischen und der amerikanischen Revolution datieren – vorher hat es Rebellionen und Staatsstreiche, aber keine Revolutionen gegeben. (...und es waren) nie die Erniedrigten und Beleidigten selber, sondern diejenigen, die nicht ertragen konnten, daß andere es waren, die die Revolutionen geführt haben. Nur haben sie sich geniert, ihre moralischen Motive zuzugestehen – und diese Scham ist sehr alt.“

Revolutionen beginnen auf der Straße

Zu den Vorbedingungen einer Revolution gehören, so Arendt, „der drohende Zusammenbruch des Staatsapparates, seine Unterhöhlung, der Verlust des Vertrauens in die Regierung seitens des Volkes, das Versagen der öffentlichen Dienste und anderes mehr.“

Zur gegenwärtigen Lage, bereits zu ihrer Zeit, schrieb die Autorin:

„Der Macht- und Autoritätsverlust in allen Großmächten ist augenscheinlich, auch wenn er von einer ungeheuren Akkumulation der Gewaltmittel in der öffentlichen Hand begleitet ist, und dieser Zuwachs an Gewaltmittel kann den Machtverlust kompensieren. Dennoch braucht diese Situation nicht zur Revolution zu führen. Sie kann erstens mit Konterrevolution, der Errichtung von Diktaturen enden, und sie kann zweitens ausgehen wie das Hornberger Schießen: es braucht überhaupt nichts zu geschehen. Kein Mensch weiß heute von einer kommenden Revolution; das ‚Prinzip der Hoffnung‘ gibt sicher keinerlei Garantie“.

„Für eine kommende Revolution fehlt vorläufig vor allem eine Grundvoraussetzung, die entscheidend ist: nämlich eine Gruppe wirklicher Revolutionäre.“ Dies schrieb Hannah Arendt unter dem Eindruck der „Studenten-Revolte“ der späten 1960er Jahre, insbesondere auch in Westdeutschland. In ihrer Analyse, die erstmals 1969 in den USA und 1970 unter dem deutschen Titel „Gewalt und Macht“ veröffentlicht wurde, kommt die Totalitarismusforscherin zu dem Ergebnis:

„Gerade das, was die Linken Studenten am liebsten sein wollen: Revolutionäre – gerade das sind sie nicht. Sie sind auch nicht revolutionär organisiert; sie haben keine Ahnung, was Macht bedeutet, und sie sind sicherlich die letzten, die, wenn die Macht auf

der Straße liegt und sie wissen würden, daß sie dort liegt, auch bereit wären, sich zu bücken und sie aufzuheben. Genau das machen Revolutionäre. Die Revolutionäre machen nicht die Revolution! Die Revolutionäre sind diejenigen, die wissen, wann die Macht auf der Straße liegt und wann sie sie aufheben können!“ (23).

Wobei sich in den vergangenen Jahrzehnten gerade die deutschen „Linken“ fast ausschließlich als Maulhelden erwiesen haben, die, solange sie die Rolle der Opposition im parlamentarischen Spiel besetzten, teils sogar lautstark für mehr soziale Gerechtigkeit und Friedensförderung „stritten“. Wurden ihre Partei-„Oberen“ aber tatsächlich mit Regierungsämtern belohnt, sind all diese „guten Vorsätze“ schnell verflogen.

So weiß ich persönlich nichts dagegenzuhalten, wenn behauptet wird, dass „die Roten“ einst in der „rot-rot-grünen“ Regierungskoalition in Berlin nur deshalb „zum Zuge“, das heißt zu Senatoren-Posten kamen, um damit die Umsetzung des erfolgreichen Volksentscheids zur Enteignung großer Immobilien-Unternehmen mit Hunderttausenden Wohnungen zu verhindern.

Diese „Rechnung“ der Blockade einer eigentlich Rückübereignung des zuvor ausverkauften Volks- und kommunalen Eigentums ist aufgegangen. Profitiert haben davon die arbeitslosen Reichen von BlackRock in Delaware sowie andere Dividenden einstreichende Leistungslose, die so noch immer „ihren Gewinn“ durch den von „ihren“ Mietern bezahlten erhöhten „Mietzins“ einstreichen können (24).

Die zehn Jahre währende „Regierungskunst“ des Bodo Ramelow in Thüringen bilanziert Holger Elias als „verwalteten Stillstand“, in dem der „linke“ Landesvater, der „einmal Marx gelesen“ habe (Kurt Tucholsky) (25), in den Koalitionen mit den militärischen Grünen und der „toten“ SPD (Julius Leber) „nicht wagte, wirklich links“ zu sein.

Die „Eigentumsfrage“ wurde nicht gestellt, so der Ossietzky-Autor, stattdessen habe Ramelow es vorgezogen, „lieber dem Bundesrat zu gefallen als der Arbeiterklasse, lieber Antipode zur AfD zu sein, als Alternative zum Kapitalismus“ (26).

Insofern bin ich ein Anhänger der „Fettaugen-Theorie“, die besagt, dass diejenigen, die vielleicht einmal „revolutionär“ dachten und eine Weile die soziale Gerechtigkeit ernsthaft forderten, damit jedoch aufhören, wenn sie für sich selbst diesen sozialen „Umsturz“ erreicht haben und nun wie Fettaugen (weiter) oben in der Suppe des Systems mitschwimmen.

Für sich persönlich haben sie die „Revolution“ erreicht, die sich — so Graeber — immer auf der Forderung nach „Einbeziehung“ gründet (27). Diese (Partei-)„Karrieristen“, die schon Rosa Luxemburg verachtete, denken dann nicht mehr — wie es in dem Gedicht von Kurt Tucholsky weiter heißt — „an die Arbeiterklasse“. Vielmehr erklimmen sie die ihnen vorgehaltene Hierarchieleiter, „versüßt“ durch wachsendes Salär und Privilegien, und verplempern ihre Zeit selbstbezogen in dem für sie besten Deutschland, in dem sie jemals gelebt haben (28).

Der Kapitalismus ist eine Katastrophe für das menschliche Wesen

Und so trifft rund hundert Jahre später noch immer zu, was Carl von Ossietzky in der Ausgabe der Weltbühne vom 14. August 1928 unter dem Titel: „Die Stillen im Lande“ schrieb:

„Niemals ist der Kapitalismus besser geborgen als in den Zeiten, wo Sozialisten am Ruder sitzen. Denn deren Bemühen richtet sich immer vornehmlich darauf, ihre Wähler, die sich einbilden, jetzt wo ihre

Leute oben sitzen, käme die Ernte, gut in Disziplin zu halten. Und wenn die Regierung dann endlich ihre Reformvorlagen ankündigt, muß sie schon wieder gehen“ (29).

Inzwischen ist der Kapitalismus, diese „Katastrophe des menschlichen Wesens“ (Marx/ Feuerbach-Thesen), der als „System der Macht und Ausgrenzung“, so Graeber, „sämtliche moralischen Imperative – außer dem Imperativ des Gewinns“ – beseitigt (30) und seinen bisherigen anti-moralischen Tiefpunkt im deutschen Faschismus fand, an seiner nächsten „Zeitenwende“ angelangt. „Vor wie nach dem faschistischen Umsturz herrscht Kapitalismus“, schrieb Richard Löwenthal (Pseudonym Paul Sering) in seiner Analyse über die „Faschistische Revolution“, in der 1935 und 1936 von ihm illegal vertriebenen „Untergrund-Zeitschrift für Sozialismus“.

Gekennzeichnet ist der faschistische Kapitalismus durch „sich verengende Schranken der Akkumulation, wachsende ökonomische Totgewichte, wachsende Kapitalvernichtung, wachsende parasitäre und reaktionäre Schichten. (...)“ „Der allgemeine Ausdruck dieser kapitalistischen Wandlung und speziell ihrer reaktionären Seite“, fährt „der Faschismusforscher“ fort, „ist die Verwandlung des Staates in den Subventionsstaat, die auch und gerade in den demokratischen Formen des Systems der Interessenparteien erfolgt“ (31). – Das ist die Beschreibung des politischen Deutschlands heute.

Nach der Analyse von Rudolph Bauer, „Vernunft in Quarantäne – Der Lockdown als Zivilisationsbruch und Politikversagen“ gibt es für die „Diener des Mammons“ in dem beinahe gänzlich zum antichristlich gewandelten Abendland mit seinen Anti-Bergpredigten und Appellen zum Nächsten- und Feindhass nur noch zwei Auswege. Oder, wie es der Politikwissenschaftler und Künstler „nüchterner“ ausdrückt, bleibt der „Geldwirtschaft des monopolkapitalistischen Establishments bei der sich immer

offenkundiger werdenden ‚Vermögensspreizung‘ im erreichten Stadium des imperialistischen Kapitalismus“ nur noch die Alternative, „entweder die kriegерische Zerstörung im Außen, das heißt die territoriale Eroberung von Ressourcen und Märkten, sowie Wiederaufbaumaßnahmen im Gefolge der Zerstörungen“ (32).

In diesem Zusammenhang nennt der Autor „das heilige Russland“ (Helmut Schmidt 1918 bis 2015) und „das große China“ (Antje Vollmer) (33), „die von der imperialistischen NATO zu Feindbildern stilisiert werden“. Dabei ist die NATO „keine Sicherheitsarmee“, stellt der habilitierte, 2005 aus der Kirche ausgetretene evangelische Theologe und Autor Eugen Drewermann klar, „ganz im Gegenteil, sie ist die schlimmste Kriegsmaschinerie in aggressiver Absicht, die die Menschheit je gesehen hat“ (34).

Der zweite „Ausweg“ im Endstadium des kapitalistischen Westens für die herrschenden Oligarchen und ihrer Statthalter, um nicht teilen zu müssen, sondern weiterhin Reichtum, Macht und Privilegien bis zum bitteren Ende behalten und mehren zu können, bleibt nur noch, so Bauer, die Erzwingung einer grundlegenden „Umwälzung der Produktionsweise innerhalb des Systems“. Dies auch in Kombination mit Krieg. Ziel dieser „Lösung“ ist es, „die Produktivkräfte im Sinn der industriellen Revolution, des ‚Great Reset‘ (Schwab/Malleret 2020) grundlegend umzuschichten und von oben nach unten neu auszutarieren. In diesem Kontext wiederum gilt die Staatsordnung der VR China den westlichen Eliten als Vorbild.“

Der Mensch der Zukunft soll möglichst keine Care-Verpflichtungen mehr haben

In welche „schöne neue Welt“ die „Eliten“ die Menschen führen

wollen, sofern die „beutegierige Kanaille“ einmal nicht wie „eh und je auf Krieg spekuliert“ (Carl von Ossietzky) – und sofern sich vorher nicht „die Waffe kehrt“ („Soldatenlied“, Erich Mühsam, 1878 bis 1934) (35) –, sondern versucht, ein Zwangssystem im Inneren der Staaten zu errichten, beschreibt Tove Soiland, Historikerin und Vorstandsmitglied von „Linksbündig“ aus der Schweiz, in ihrem Essay „Der hypermoderne Hygienismus und die Linke. Tendenzen eines postideologischen Totalitarismus“:

„Folgen wir Klaus Schwab, dem Begründer des Weltwirtschaftsforums in Davos, so setzt das neue Akkumulationsregime auf die Digitalisierung der gesamten Arbeits- und vor allem auch der Lebenswelt. An seinem Horizont steht das Projekt des Transhumanismus mit seinen beiden Eckpfeilern: dem Szientismus, verstanden als eine umfassende wissenschaftlich angeleitete Lebensführung, und dem Konsum, wobei es sich hierbei vor allem um den Konsum jener technical devices handelt, die eine Synthese von Mensch und Technik anstreben.“

Der hierfür „idealtypische Mensch und Arbeitnehmer“, folgert die Autorin, „hat möglichst keine Kinder oder andere Care-Verpflichtungen, arbeitet im Homeoffice an einem Bildschirm und ist es gewohnt, alle seine Güter auch daselbst zu beziehen: vom Sex, einer Partnerin bis hin zu Gesundheitsdienstleistungen und dem für die seelische Gesunderhaltung notwendigen „Landschaftsbesuch““ (36).

Diesem dystopischen „Zukunftsmodell“ des WEF mit seinen zu Technik-Zombies reduzierten Menschen, vor dem Soiland warnt, steht für absolute Kontrolle – einer am Ende „Global Governance“-Diktatur – in der versucht werden wird, jedem zum Sklaven herabgestuften Individuum seine Eigenständigkeit, seine natürliche Lebensfreude und seine persönlichen Freiheitsrechte zu nehmen.

Wir erleben gerade, so scheint es, einen erneuten Anlauf des

Totalitarismus, wie er von Hannah Arendt vorausgesehen und befürchtet wurde, diesmal unter globalem Gleichschritt und Kontrolle, und erneut im „gesundheitlichen Gewand“, zu dem „Corona“ das Fenster aufgestoßen hat.

Für einen solchen als „Zukunfts-Modell“ verkauften Menschheits-Rückschritt stellte die Totalitarismusforscherin klar:

„Eine überstaatliche Instanz würde entweder wirkungslos sein oder von dem jeweils Stärksten monopolisiert werden und so zu einem Weltstaat führen. Das dürfte wohl das tyrannischste Gebilde sein, das sich überhaupt denken läßt, vor dessen Weltpolizei es dann auf der ganzen Erde kein Entrinnen mehr geben würde, bis er schließlich auseinanderfällt“ (37).



Ulrich Falke lebt in Berlin und hat unter anderem bei dem ehemaligen Widerstandskämpfer und „Verfassungsvater“ Fritz Eberhard Publizistik studiert. Als Journalist schrieb er zuletzt für Wissenschaftsredaktionen und Auftraggeber wie das Bundesforschungsministerium. Außerdem arbeitete er als Mentor für Politikwissenschaft, als Familientherapeut und als Lehrer vornehmlich in „Willkommensklassen“, im Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer sowie ehrenamtlich im Kirchenasyl. Seit 2020 gehört er dem Autorenkreis von Rubikon, heute Manova, an.